

Berlin, den 31.10.2018

Pressemitteilung

Werkbund bedauert Absage des Modellprojektes „WerkbundStadt Berlin“ durch Eigentümer

Die neuen Eigentümer des Geländes „Am Spreebord“ haben das Modellprojekt „WerkbundStadt“ des Deutschen Werkbundes Berlin e.V. abgesagt. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen um die Einhaltung der mit den früheren Eigentümern und dem Bezirk geschlossenen Zielvereinbarung vom September 2017. Darin hatte sich der Eigentümer zu einer modellhaften parzellenorientierten und kleinteiligen Bebauung mit individueller Architektur von 32 Architekten verpflichtet. So sollte ein lebendiges und vielfältiges urbanes Quartier geschaffen werden. Darüber hinaus wurde zugesagt, die Urheber der WerkbundStadt mit weiteren Entwurfs- und Planungsleistungen zu beauftragen. Diese Zusage wurde jedoch von den neuen Eigentümern nicht eingelöst. Dies hatte zuletzt zu erheblicher Unruhe im Deutschen Werkbund und bei den beteiligten Architekten geführt. Der Deutsche Werkbund Berlin e.V. hatte daraufhin Mitte Oktober zusammen mit den Architektenvertretern der „WerkbundStadt“ die Eigentümer schriftlich um Stellungnahme zu ihrer Vertragstreue gebeten.

Der Vorstand des Deutschen Werkbundes Berlin bedauert die nun erteilte Absage des Modellprojektes durch die Eigentümer. *„Die neuen Eigentümer sind offensichtlich nicht bereit, die Regeln der Zielvereinbarung einzuhalten; denn nicht mehr und nicht weniger haben wir verlangt“*, so der Vorstandsvorsitzende Uli Hellweg. *„Der Modellcharakter eines Werkbund-Projektes muss sich auch in der Art und Weise des Umgangs miteinander und in der Prozessgestaltung spiegeln“*, so das Beiratsmitglied Christiane Thalgott. *„Für das Land Berlin wird damit ein richtungsweisendes Projekt des Stadtbaus in Frage gestellt“*, so die ehemalige Münchner Stadtbaurätin weiter.

Am Dienstagabend befasste sich das Mitgliederforum des Deutschen Werkbundes Berlin ausführlich mit der Absage des Modellprojektes „WerkbundStadt“ durch die Investoren. In der Diskussion wurde bedauert, dass der Bezirk Charlottenburg- Wilmersdorf nicht ausreichend auf die Einhaltung der Zielvereinbarung seitens der Eigentümer gepocht hat. Kritisiert wurde auch, dass der Bebauungsplan VII-3-2 mit seiner hohen baulichen Dichte nicht mehr an die Qualitäten eines Werkbundprojektes geknüpft wird. Die Marke „WerkbundStadt Berlin“ darf für das Projekt „Am Spreebord“ nicht verwendet werden.

Im Zentrum der Diskussion der Werkbundmitglieder stand die Feststellung, dass die bislang geleistete konzeptionelle Arbeit der Werkbundarchitekten für spekulative Grundstücksgeschäfte gebraucht wurde statt für einen zukunftsweisenden sozialen und ökologischen Städtebau mit vorbildlicher gestalterischer Bauqualität.

Für Rückfragen steht der Vorsitzende des Deutschen Werkbundes Berlin, Uli Hellweg, unter der Telefon-Nummer 0172 301 66 77 zur Verfügung.